

Substanzielles Protokoll 102. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. Mai 2016, 17.00 Uhr bis 19.55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Guido Hüni (GLP), Christoph Marty (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2016/153 | * Weisung vom 11.05.2016:
Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2016 | STR |
| 3. | 2016/154 | * Weisung vom 11.05.2016:
Sozialdepartement, Verein Fanarbeit Zürich, Beiträge
2017–2020 | VS |
| 4. | 2016/163 | * Weisung vom 18.05.2016:
Immobilien Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Pfingstweid,
Escher-Wyss-Quartier, Objektkredit | VHB
VSS |
| 5. | 2016/161 | * Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau)
für das Jahr 2015 | OMB |
| 6. | 2016/165 | * Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2015 | DSB |
| 7. | 2016/24 | Weisung vom 20.01.2016:
Kultur, Verein Unerhört, Beiträge 2016–2019 | STP |
| 8. | 2015/324 | Weisung vom 30.09.2015:
Liegenschaftenverwaltung, Erwerb des Quartierhofs Weinegg
und weiterer Liegenschaften im Quartier Riesbach im Rahmen
des Tauschvertrags mit dem Kanton Zürich; Vertragsgenehmi-
gung | FV |
| 9. | 2015/374 | A Motion der GLP-Fraktion vom 25.11.2015:
Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge mit dem
Schauspielhaus, der Tonhalle und der Zürcher Kunstgesellschaft | STP |

10. [2015/378](#) Interpellation von Markus Merki (GLP) und Markus Baumann (GLP) vom 25.11.2015: Städtische Kulturförderbeiträge, Möglichkeiten zur strategischen Einflussnahme des Gemeinderats STP
13. [2016/61](#) A Postulat von Rebekka Wyler (SP), Ezgi Akyol (AL) und 2 Mitunterzeichnenden vom 02.03.2016: Aufbau einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Diyarbakir in der Südosttürkei STP
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

1924. **2016/171**
Postulat von Markus Knauss (Grüne), Christian Traber (CVP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 18.05.2016:
Durchsetzung des Nachtfahrverbots in stark belasteten Wohnquartieren, Ausarbeitung eines neuen Konzepts unter Einbezug der betroffenen Bevölkerung

Markus Knauss (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Erste Erfahrungen mit dem neuen Regime haben gezeigt, dass zwar grössere Tafeln zum Nachtfahrverbot aufgestellt wurden, sich jedoch niemand an diese Vorgaben hält. Polizistinnen und Polizisten haben Anderes zu tun. Die so genannten Schwerpunktkontrollen, die uns versprochen wurden, haben nicht stattgefunden.

Der Rat wird über den Antrag am 1. Juni 2016 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

1925. **2016/153**
Weisung vom 11.05.2016:
Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2016

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 23. Mai 2016

1926. **2016/154**
Weisung vom 11.05.2016:
Sozialdepartement, Verein Fanarbeit Zürich, Beiträge 2017–2020

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 23. Mai 2016

1927. 2016/163

Weisung vom 18.05.2016:

Immobilien Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 23. Mai 2016

1928. 2016/161

Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2015

Zuweisung an die GPK gemäss Art. 37 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO)

1929. 2016/165

Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2015

Zuweisung an die GPK gemäss Art. 37 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO)

1930. 2016/24

Weisung vom 20.01.2016:

Kultur, Verein Unerhört, Beiträge 2016–2019

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Unerhört wird ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 154 300.– pro Jahr für die Jahre 2016–2019 bewilligt. In den Jahren 2016 und 2017 überweist der Verein Unerhört dem Verein Fabrikjazz Zürich jeweils Fr. 97 400.–.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jedes Jahres nach Massgabe des Zürcher Indexes der Konsumentenpreise an die bis dann aufgelaufene Teuerung angepasst (Start: Indexstand Dezember 2015). Eine negative Jahresteuering führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
3. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 Prozent kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 Prozent kürzen.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Hans Urs von Matt (SP): *Kann man mit genagelten Bergschuhen Schlagzeug spielen? Kann man mit einer menschlichen Stimme mehr unternehmen als zu singen und zu sprechen? Am vergangenen Wochenende fand zum 32. Mal das Taktlos Festival statt. Man kann mit genagelten Bergschuhen Schlagzeug spielen. Das Taktlos Festival ist ein Festival, in dessen Rahmen an drei Tagen in der Roten Fabrik ein Programm präsentiert wird. Das Festival existiert seit 1984 und es ist eng mit der Roten Fabrik verknüpft. Das Festival steht unter dem Motto: Bühne für grenzüberschreitende Musik. Das Festival ist national und international ausgerichtet. Ähnlich ausgerichtet ist das Unerhört Festival. Dabei wird die einheimische Szene im internationalen Zusammenhang präsentiert. In der Kulturvermittlung werden neue Wege gesucht, um ein wachsendes Publikum anzusprechen. Dies führte das Festival schon in Gymnasien, Museen und Musikhochschu-*

len, Altersheime, Kulturzentren und Musikclubs. Das Festival wurde 2002 eingeführt. Die letzte Ausgabe fand im November 2015 statt. Diverse Konzerte waren ausverkauft und es mussten teilweise auch Leute abgewiesen werden. Das Unerhört Festival findet somit an verschiedenen Spielstätten statt. Es wird dezentral in der ganzen Stadt durchgeführt. Die beiden Festivals sind somit in einer ähnlichen Musikszene angesiedelt, die Profile sind jedoch verschieden. Die Weisung möchte die beiden Festivals weiter im bisherigen Rahmen unterstützen. Der Betrag beläuft sich auf 154 300 Franken. Veränderungen passieren hinter den Kulissen. Bislang war der Beitragsnehmer der Verein Fabrikjazz Zürich. Dieser hatte die Auflage, dem Verein Unerhört einen Beitrag auszurichten. Ab 2016 wird dies umgekehrt. Der Verein Unerhört wird zur Subventionsempfängerin und richtet für zwei Jahre einen Beitrag an den Verein Fabrikjazz aus. Ab 2018 soll der Verein Unerhört auch das Taktlos Festival organisatorisch durchführen. Es handelt sich um einen Generationenwechsel. Dieser Übergang wird von allen Beteiligten mitgetragen. Es ist alles aufgegleist und mit den Beteiligten abgesprochen. Es ist nicht sinnvoll, die Beträge anders zu sprechen.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 1 und 2:

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir schlagen vor, die Beträge nur für zwei Jahre zu sprechen. Es geht um einen sterbenden und einen aufstrebenden Verein, die seit Jahren miteinander unterwegs sind. Der Verein Fabrikjazz liegt im sterben. Der Verein ist personenfixiert, vor 9 Jahren trennte sich der Verein Unerhört vom Verein Fabrikjazz. Der Verein Unerhört ist gut vernetzt, breit aufgestellt und professionell organisiert. Bislang wurde der Gesamtbetrag an den Verein Fabrikjazz überwiesen, der wiederum einen Teil an den Verein Unerhört überwies. Neu soll der Verein Unerhört den Gesamtbetrag erhalten und dem Mutterverein 97 000 Franken überweisen. Das Todesdatum des Vereins Taktlos ist bereits festgelegt. Der Gesamtbetrag soll ab 01.01.2018 an den Tochterverein ausbezahlt werden. Es sind derzeit zwei Kulturen miteinander unterwegs. Der Verein Unerhört hat sich musikalisch und organisatorisch abgesetzt. Der junge Verein soll in der Roten Fabrik das anarchische Überbleibsel übernehmen und weiterführen. Es wird zwar geschrieben, dass eine neue Leistungsvereinbarung getroffen werden muss. Die Mehrheit des Gemeinderats interessiert sich nicht für die Ausgestaltung dieser Leistungsvereinbarung. Wie können zwei Strukturen und Kulturen zusammengeführt werden, wenn man nicht schaut, wie das funktionieren soll. Die beiden Vereine sollen bis 2018 unterwegs sein, ab 2018 wollen wir die Leistungsvereinbarung sehen und dann können wir nochmals darüber reden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Die beiden Festivals sind ausserordentlich wichtig für die Zürcher Jazzszene. Nicht zuletzt wegen dieser Festivals konnte sich die Stadt einen ausgezeichneten Ruf als Zentrum für den zeitgenössischen Jazz erarbeiten. Es geht um einen Systemwechsel in der Finanzierung, dadurch wird ein längerfristiges Bestehen der beiden Konzertreihen garantiert. Der Verein Unerhört übernimmt die Verantwortung für den Verein Fabrikjazz. Der Grund für diesen Wechsel ist, dass der Gründer des Vereins Fabrikjazz sich aus Altersgründen zurückzieht. Die beiden Festivals sind auch heute innovative, wichtige und unverwechselbare Orte für die Jazzszene. Durch diese Weisung können sich die beiden etablierten Gefässe weiterentwickeln.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein Unerhört wird ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 154 300.– pro Jahr für die Jahre 2016–2019 bewilligt. In den Jahren 2016 und 2017 überweist der Verein Unerhört dem Verein Fabrikjazz Zürich jeweils Fr. 97 400.–. Davon sind Fr. 97 400.– jährlich dem Verein Fabrikjazz Zürich zu überweisen.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Walter Anken (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP)
Abwesend: Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 20 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Walter Anken (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP)
Abwesend: Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Walter Anken (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP)
Abwesend: Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 20 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Walter Anken (SVP) i. V. von Martin Götzl (SVP), Heidi Egger (SP), Markus Merki (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Mark Richli (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Cordula Bieri (Grüne), Rosa Maino (AL)
Abwesend: Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Unerhört wird ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 154 300.– pro Jahr für die Jahre 2016–2019 bewilligt. In den Jahren 2016 und 2017 überweist der Verein Unerhört dem Verein Fabrikjazz Zürich jeweils Fr. 97 400.–.
2. Der Beitrag wird auf Beginn jedes Jahres nach Massgabe des Zürcher Indexes der Konsumentenpreise an die bis dann aufgelaufene Teuerung angepasst (Start: Indexstand Dezember 2015). Eine negative Jahresteuering führt nicht zu einer Beitragsreduktion, wird aber in den Folgejahren mit positiven Indexwerten verrechnet. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.
3. Der Stadtrat kann den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 10 Prozent kürzen, sofern die städtische Jahresrechnung des letzten Jahres einen Bilanzfehlbetrag aufweist. Zeigen die städtischen Jahresrechnungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren einen Bilanzfehlbetrag, kann der Stadtrat den Beitrag für das Folgejahr um bis zu 20 Prozent kürzen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juni 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Juli 2016)

1931. 2015/324

Weisung vom 30.09.2015:

Liegenschaftenverwaltung, Erwerb des Quartierhofs Weinegg und weiterer Liegenschaften im Quartier Riesbach im Rahmen eines Tauschvertrags mit dem Kanton Zürich; Vertragsgenehmigung

Antrag des Stadtrats

1. Der Tauschvertrag vom 21. November 2014 mit dem Kanton Zürich über
 - a) den Erwerb des Quartierhofs Weineggstrasse 44a/b, die 780 m² messende angrenzende Landfläche (Teil von Kat.-Nr. RI5398), die Atelierhäuser Südstrasse 77, 81, 81a sowie die Freihaltezonengrundstücke Kat.-Nrn. RI5393, RI3854, RI3855 und T. v. Kat.-Nr. RI5394 im Quartier Riesbach zum Tauschpreis von Fr. 20 374 000.–,
 - b) die Veräusserung der Liegenschaften Kantonsschulstrasse 9, Florhofgasse 1 und Florhofgasse 7, Quartier Altstadt, Schönleinstrasse 14, einschliesslich Kat.-Nr. FL2429, und das Baurechtsgrundstück Kat.-Nr. FL2989 (Freiestrasse 11), Quartier Fluntern, zum Tauschpreis von Fr. 20 374 000.–wird genehmigt.
2. Für den Erwerb des Quartierhofs Weinegg, Weineggstrasse 44a/b, Kat.-Nr. RI5399, einschliesslich angrenzendem Teil von Kat.-Nr. RI5398, und des Freihaltezonelands beim Burghölzli, Kat.-Nrn. RI5393, RI3855, RI3854 und Teil von RI5394 in das Verwaltungsvermögen von Grün Stadt Zürich wird ein Objektkredit von Fr. 2 805 500.– bewilligt.
Unter Ausschluss des Referendums:
3. Die am 30. Mai 2001 eingereichte Motion von Joe A. Manser (SP) und Christoph Hug (Grüne) betreffend Kauf der Teilparzelle mit dem landwirtschaftlichen Ökononomiegebäude «Obere Weinegg» (GR Nr. 2001/290) wird abgeschrieben.

4. Das am 30. Mai 2001 eingereichte Postulat von Christoph Hug (Grüne) und Joe A. Manser (SP) betreffend Unterschutzstellung des landwirtschaftlichen Ökonomiegebäudes «Obere Weinegg» (GR Nr. 2001/289) wird abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag:

Martin Luchsinger (GLP): *Grundlegend für die Weisung ist ein Tauschvertrag zwischen Stadt und Kanton. Der Gemeinderat ist für die Genehmigung zuständig. Der eigentliche Grund für diese Weisung ist eine Volksinitiative von 2001. Das Ziel der Initiative war es, den Erholungsraum zu erhalten und dem Quartier eine geschätzte soziokulturelle Einrichtung, den Quartierhof Weinegg, langfristig zu erhalten. Der Stadtrat beantragte die Ablehnung dieser Initiative. Er begründete es damit, dass das Gebiet bereits im Inventar des Landschaftsschutzes erwähnt sei und eine erneute Änderung der BZO kurz nach der Revision im Jahr 2003 der Rechtssicherheit widersprechen würde. Zusätzlich könne eine Gestaltungsplanpflicht den Erhalt eines Ökonomiegebäudes nicht garantieren. Die Initiative wurde in die Hochbau- und Stadtentwicklungskommission überwiesen. Das Geschäft wurde sistiert, um über einen Kauf des Quartierhofs zu beraten. Es waren entsprechende Vorstösse eingereicht worden. Beide Vorstösse wurden noch nicht an den Stadtrat überwiesen, es werden jedoch beide in dieser Weisung zur Abschreibung beantragt. Verhandlungen mit dem Kanton standen unter einem guten Stern. Der Kanton äusserte sich positiv zum Erwerb, es wurde jedoch von Anfang an signalisiert, dass ein Tauschvertrag vorgezogen würde. Nun sind wir zu einer Einigung gelangt. Im Tauschvertrag wird festgeschrieben, dass die Stadt den Quartierhof erwirbt und er mit dem benachbarten Landstück in das Landschaftsvermögen der Stadt eingeht. Der Wert beläuft sich auf 2,65 Millionen Franken. Zusätzlich erwirbt die Stadt Gebäude mit Bauland an der Südstrasse im Quartier Riesbach und Rebland und Obstgarten beim Burghölzli. Die Liegenschaften an der Südstrasse gehen in das Finanzvermögen ein. Der Kanton erwirbt nebeneinanderliegende Liegenschaften an der Kantonsschulstrasse und an der Florhofgasse im Quartier Altstadt. Es handelt sich um Schul- und Büroräume sowie zwei Wohnungen an der Kantonsschulstrasse, die derzeit von der zkj benutzt werden, ein Wohnheim für Kinder an der Florhofgasse und ein Wohnhaus an der Florhofgasse. Alle Gebäude sind im Inventar für schützenswerte Bauten. Zusätzlich erwirbt der Kanton die nebeneinanderliegenden Liegenschaften im Quartier Fluntern und ein Wohnhaus an der Schönleinstrasse. Diese Immobilien werden aus dem Finanzvermögen verkauft. Der Kanton hat sich verpflichtet, die Wohnnutzung in den Gebäuden weiterzuführen und die Gebäude nach Auslauf des Mietvertrags wieder der Wohnraumnutzung zuzuführen. Der Wert des Tauschvertrags ist für beide Seiten gleich. Es gibt keine zusätzlichen Zahlungen. Für die Stadt resultiert ein Buchgewinn in der Höhe von 10,6 Millionen Franken. Der Stadtrat lehnt die Initiative weiterhin ab, die Initianten sind jedoch gegebenenfalls bereit, die Initiative zurückzuziehen. Der Vertrag wirkt ausgeglichen und auf diese Weise kann der Quartierhof langfristig gesichert werden. Die Kommissionsmehrheit sieht keinen Grund für eine Rückweisung und erneute Verhandlung mit dem Kanton.*

Kommissionsminderheit:

Niklaus Scherr (AL): *Wir finden es positiv, dass sich mit diesem Tauschgeschäft etwas bewegt. Wir fordern, dass der Tauschvertrag lediglich den Quartierhof Weinegg umfassen soll. Der jetzige Tauschvertrag beinhaltet diverse Liegenschaften. Der Tauschwert beläuft sich auf etwa 20 Millionen Franken. Die Stadt bekommt ein Areal, das sie nicht gut benutzen kann. Die Stadt möchte keine Eigentumswohnungen beim Burghölzli bauen. Der Kanton erhält im Gegenzug vier Filetstücke. Die Areale grenzen relativ direkt an den Masterplan Hochschulgebiet an. Die Rückführung in die Wohnnutzung kann auch an einem anderen Ort kompensiert werden. Der Kanton kann ein Arrondierungsgeschäft*

machen, währenddessen die Stadt eine für sie uninteressante Parzelle bekommt. Wir haben diesen Rückweisungsantrag gestellt, um ein Zeichen zu setzen, dass diese Art ungleicher Tauschpolitik nicht kommentarlos akzeptiert wird. Selbstverständlich werden wir die Umsetzung des Geschäfts Quartierhof Weinegg unterstützen. Der Hügel am Burghölzli hat eine lange Geschichte an Auseinandersetzungen. Es sollte nicht alles hinter verschlossenen Türen passieren.

Weitere Wortmeldungen:

Simon Diggelmann (SP): *Wer an einem Wochenende an der Weinegg vorbeispaziert oder an einem Fest teilgenommen hat, sieht den Wert des Quartierhofs. Er hat einen soziokulturellen Wert für das Quartier und die Stadt. Die Attraktivität und Lebensqualität der Stadt basieren nicht zuletzt auf solchen Angeboten. Der Hof bietet ein vielfältiges Angebot. In verschiedenen Arbeitsgruppen kann man sich dort betätigen. Viele Freiwillige kümmern sich mit Hingabe um den Hof. Wir haben diesen Menschen zu verdanken, dass der Quartierhof in seiner heutigen Form besteht. Mit dieser Weisung wird diese Arbeit politisch gewürdigt und dem Quartier wird eine langfristige Garantie für das Bestehen des Quartierhofs geboten. Der eigentliche Tausch des Quartierhofs wurde überladen. Es handelte sich um eine zwingende Vorgabe des Kantons. Deshalb haben wir gewisse Sympathien für die motivierte Rückweisung, wir werden sie jedoch nicht unterstützen. Der Wert des Quartierhofs geht über finanzielle Überlegungen hinaus.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir werden den Rückweisungsantrag selbstverständlich zurückweisen. Es wurde eine Lösung gefunden. Wenn über Bodenpreise gesprochen wird, gibt es in der Stadt Projekte, bei denen man sich fragen kann, zu welchen Preisen die Stadt die Objekte abgibt. Dort spielt es jeweils keine Rolle, dass der Bodenpreis tief angesetzt wird. Den Kanton als grossen Diktator darzustellen, ist irritierend. Es handelt sich um einen Verhandlungsprozess zwischen zwei Partnern. Das Projekt kommt der Bevölkerung zugute und es wird auch die Stadtentwicklung positiv beeinflussen.*

Martin Luchsinger (GLP): *Wir unterstützen den Rückweisungsantrag nicht. Im Zentrum der Weisung steht der Kauf des Quartierhofs. Wir sind lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass auch andere Tauschgeschäfte oder andere Möglichkeiten existieren, um das Landstück mit einem anderen Landstück zu ersetzen. Die Rückweisung wäre aus unserer Sicht falsch und würde zu viele Risiken bergen. Das Ergebnis ist vertretbar und ausgeglichen.*

Matthias Probst (Grüne): *Wir sind über das Vorgehen des Kantons nicht glücklich. Andererseits ist es interessant, dass der Kanton eine studentische Liegenschaft übernimmt und sich dadurch erstmals für studentisches Wohnen einsetzen muss. Wir setzen uns für den Quartierhof ein. Der Kanton verfolgt leider eine Landpolitik, die seine eigenen Interessen kurzfristig deckt. Der Kanton kann uns den Quartierhof nicht zum höchstmöglichen Preis verkaufen. Es wurde ein Tauschgeschäft verhandelt. Der Kanton muss nun ein Tauschpäckchen machen. Wir haben einen guten Ausweg gefunden. Die Stadt kann durchaus davon profitieren.*

Mario Mariani (CVP): *Man kann nachträglich immer sagen, dass man besser hätte verhandeln können. Es ist gut, dass ein Abschluss gefunden werden konnte. Es ist beruhigend, dass die AL zwar ein Zeichen setzen möchte, aber den Quartierhof unterstützen möchte.*

Niklaus Scherr (AL): *Es ist das passiert, was wir mit diesem Antrag anstreben. Das Unbehagen wurde zum Ausdruck gebracht. Der Antrag bekam die gewünschte Debatte und Öffentlichkeit.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Es ist für das Quartier und die Träger des Quartierhofs erfreulich, dass der Gemeinderat das Areal erwirbt. Als ich einmal am Mostfest als Gast dabei war, verglich ich sie mit den Galliern. Eine aktive, lebendige Gruppe schafft hier etwas Wertvolles für das Quartier. Der Kanton hat seine Bedingungen klargemacht. Wir haben diese Forderungen hinterfragt, es war aber auch klar, dass der Kanton bei einer späteren Verhandlung andere Preisvorstellungen gehabt hätte. Mir war wichtig, dass der dem Hof vorgelagerte Spickel erworben werden konnte. Dies war für mich entscheidend. Dadurch ist die Zukunft des Hofes gesichert. Ich gehe davon aus, dass die Baulandreserven für die Stadt brauchbar sind. Die Baulandreserve ist langfristig und stellt möglicherweise auch ein Tauschobjekt dar.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Vorlage wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, mit dem Kanton einen Tauschvertrag zu vereinbaren, der lediglich den Quartierhof Weinegg umfasst.

Mehrheit: Martin Luchsinger (GLP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Onorina Bodmer (FDP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Katharina Widmer (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Pawel Silberring (SP)

Minderheit: Niklaus Scherr (AL), Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 113 gegen 9 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit Dispositivziffern 1 bis 4:

Martin Luchsinger (GLP): *Die Kommissionsmehrheit beantragt die Zustimmung zu den Dispositivziffern 1 bis 4.*

Weitere Wortmeldung:

Katharina Widmer (SVP): *Die SVP hatte zahlreiche Fragen an die Verwaltung, diese wurden sehr gut beantwortet. Der Tauschwert ist sehr günstig, weil eine Bau- und Nutzungsbeschränkung zugunsten des Kantons per Grundbucheintrag im Preis berücksichtigt wurde. Der Kanton möchte eine Wohnüberbauung realisieren. Der Erhalt des Quartierhofs ist ein altes Anliegen der Bevölkerung. Deshalb wurde ein Trägerverein gegründet. Die Mitglieder engagieren sich teilweise aktiv im Gemüse- und Obstbau sowie in der Tierhaltung. Mit dem Erhalt des Quartierhofs geben wir den Initianten der Volksinitiative die Gelegenheit, die Initiative zurückzuziehen. Die vermieteten Wohnateliers an der Südstrasse werden übernommen mit Verträgen, die der Kanton abgeschlossen hat. Die Bauten brauchen eine Renovation mit Kostenfolge für die Kostenmiete. Das Bauland wird eingesetzt als Landereserve. Das Land kann beispielsweise für ein Schulhaus getauscht werden, wofür die Stadt im Quartier keine Landreserve besitzt. Im Gegenzug erhält der Kanton fünf Gebäude an zentraler Lage. Er übernimmt die Auflagen des Hei-*

matschutzes und die bestehenden Mietverträge. Der Stadt entsteht kein Mieteinnahmenverlust, weil sie auf Kostenbasis vermietet hat. Nach zähen Verhandlungen auf beiden Seiten ist der Tauschhandel ausgereizt. Der Kanton steht unabweichlich zu seinem Angebot. Unter diesen Umständen stimmt die SVP der Weisung zu.

Weitere Wortmeldung:

Joe A. Manser (SP): *Nächsten Mittwoch wird der Gotthard-Basistunnel eröffnet. Es wird ein epochaler Tag für die Schweiz und Europa. Für die Stadtkreise 8 und 7 ist bereits heute ein epochaler Tag. Als Mitglied und Vertreter des Initiativkomitees kann ich ankündigen, dass wir die Initiative nach Ablauf der Referendumsfrist zurückziehen werden. Die Mitglieder des Initiativkomitees haben Geduld aufgebracht und nicht darauf beharrt, das Geschäft möglichst schnell zu behandeln. Es herrscht grosse Einstimmigkeit. Das Projekt hatte im Quartier Sympathien, aber die Rahmenbedingungen, namentlich das teure Land, die Zuständigkeit des Kantons und die begrenzte städtische Möglichkeit machten die Angelegenheit zu einer Art gordischem Knoten. Durch die Initiative konnte die heutige Lösung gefunden werden. Vor rund 10 Jahren wollte ein Kommissionspräsident Pendenzen abbauen und setzte die Initiative auf die Traktandenliste. Ich habe dafür gesorgt, dass die Initiative wieder in einer Schublade verschwand. Das Projekt an sich ist bemerkenswert. Es verbindet Natur in der Stadt und Soziokultur. Dies bietet in der Stadt aussergewöhnlich wertvolle Möglichkeiten. Zahlreiche Menschen engagieren sich in der Freizeit und pflegen und beleben diesen Bauernhof. Es ist Engagement dabei. Es handelt sich um eine hervorragende Möglichkeit, Kinder in der Stadt aufwachsen zu lassen und ihnen zu ermöglichen, Verantwortung zu trainieren.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Martin Luchsinger (GLP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Onorina Bodmer (FDP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Katharina Widmer (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Pawel Silberring (SP)
Enthaltung: Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Martin Luchsinger (GLP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Onorina Bodmer (FDP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Katharina Widmer (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Pawel Silberring (SP)
Enthaltung: Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Martin Luchsinger (GLP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Onorina Bodmer (FDP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Katharina Widmer (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Pawel Silberring (SP)

Enthaltung: Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Martin Luchsinger (GLP), Referent; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Linda Bär (SP), Onorina Bodmer (FDP), Simon Diggelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Katharina Widmer (SVP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Pawel Silberring (SP)

Enthaltung: Niklaus Scherr (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Tauschvertrag vom 21. November 2014 mit dem Kanton Zürich über
 - a) den Erwerb des Quartierhofs Weineggstrasse 44a/b, die 780 m² messende angrenzende Landfläche (Teil von Kat.-Nr. RI5398), die Atelierhäuser Südstrasse 77, 81, 81a sowie die Freihaltezonengrundstücke Kat.-Nrn. RI5393, RI3854, RI3855 und T. v. Kat.-Nr. RI5394 im Quartier Riesbach zum Tauschpreis von Fr. 20 374 000.–,
 - b) die Veräusserung der Liegenschaften Kantonsschulstrasse 9, Florhofgasse 1 und Florhofgasse 7, Quartier Altstadt, Schönleinstrasse 14, einschliesslich Kat.-Nr. FL2429, und das Baurechtsgrundstück Kat.-Nr. FL2989 (Freiestrasse 11), Quartier Fluntern, zum Tauschpreis von Fr. 20 374 000.–wird genehmigt.
2. Für den Erwerb des Quartierhofs Weinegg, Weineggstrasse 44a/b, Kat.-Nr. RI5399, einschliesslich angrenzendem Teil von Kat.-Nr. RI5398, und des Freihaltezonelands beim Burghölzli, Kat.-Nrn. RI5393, RI3855, RI3854 und Teil von RI5394 in das Verwaltungsvermögen von Grün Stadt Zürich wird ein Objektkredit von Fr. 2 805 500.– bewilligt.
Unter Ausschluss des Referendums:
3. Die am 30. Mai 2001 eingereichte Motion von Joe A. Manser (SP) und Christoph Hug (Grüne) betreffend Kauf der Teilparzelle mit dem landwirtschaftlichen Ökonomiegebäude «Obere Weinegg» (GR Nr. 2001/290) wird abgeschrieben.
4. Das am 30. Mai 2001 eingereichte Postulat von Christoph Hug (Grüne) und Joe A. Manser (SP) betreffend Unterschutzstellung des landwirtschaftlichen Ökonomiegebäudes «Obere Weinegg» (GR Nr. 2001/289) wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 1. Juni 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. Juli 2016)

1932. 2015/374

**Motion der GLP-Fraktion vom 25.11.2015:
Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge mit dem Schauspielhaus, der
Tonhalle und der Zürcher Kunstgesellschaft**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Isabel Garcia (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1435/2015): *Wir haben bereits mehrfach unsere Sorge zum Ausdruck gebracht, dass ein grosser Teil des Kulturbudgets vom Schauspielhaus, der Tonhalle und dem Kunsthaus beansprucht wird. Dadurch wird die Vielfalt des Kulturangebots eingeschränkt und der Handlungsspielraum der Stadt beschnitten. Die GLP tritt entschieden gegen diese Entwicklung an. Deshalb haben wir die vorliegende Motion eingereicht und fordern eine Neubeurteilung der unbefristeten Subventionsverhältnisse. Die Kündigungsfristen belaufen sich auf 24, beziehungsweise 30 Monate. Die Institutionen haben genug Zeit, um sich neu auszurichten. Uns geht es nicht um Erbsenzählerei oder eine inhaltliche Beurteilung der betroffenen Kulturinstitutionen. Uns geht es um die Strategien in der Kulturpolitik und um künstlerische und kulturelle Vielfalt, die wir in Gefahr sehen. Zürich will überall spitze sein. Dies ist unrealistisch. Zürich ist zu klein, um in bildender Kunst und klassischer Musik Weltspitze zu sein. Dies führt dazu, dass man überall dabei ist. Der tatsächliche Nutzen für das kulturelle Image ist nicht vorhanden. Sogar die NZZ am Sonntag hat dies festgestellt. Gegen diese Entwicklung zum kulturellen Mittelmass setzen wir uns ein. Unbefristete Subventionen führen zu Trägheit. Diese Strategie ist falsch. Schlussendlich haben wir es mit einem Kulturbeamtentum zu tun. Dies wird gefördert und unterstützt. Wir stehen für Innovation, Kreativität, Bewegung und Vielfalt. Die unbefristeten Subventionen führen dazu, dass in den jeweiligen Sparten für die anderen Institutionen kaum Geld übrigbleibt. Dies widerspricht der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich hin zu Vielfalt, Bewegung, Mobilität und Flexibilität entwickelt. Diese Vielfalt kann sich in Zürich nicht entwickeln. Dies lässt sich am Beispiel der Tonhalle erläutern. Wir geben zusätzlich zu den 17 Millionen Franken, welche die Tonhalle sowieso unbefristet erhält, für die Aufgleisung der Neuorganisation, den Umbau und das Provisorium Millionen aus. Diese Millionen werden definitiv ins Budget eingehen. Die GLP möchte sich für eine künstlerische und kulturelle Vielfalt einsetzen. Das Geld sollte nicht in Reorganisationen und Provisorien fließen. Nun möchte ich auf die Antwort des Stadtrats eingehen. Mit insgesamt 24 Zeilen Replik leistete er einen Beitrag zur Ratseffizienz. Wir sind über das magere Statement enttäuscht. Dieser Vorstoss steht nicht im Widerspruch zur Motion 2014/367. Es handelt sich um einen Steilpass, um die Forderungen der betreffenden Motion umzusetzen. Der Stadtrat möchte den status quo bewahren. Der Stadtrat schreibt, die Gesamtheit der Kultursubventionen werde dem Gemeinderat mit dem Kulturleitbild vorgelegt. Dies ist zutreffend. Nichtsdestotrotz kann der Gemeinderat bei der Erarbeitung und Schwerpunktsetzung sowie Priorisierung nicht mitsprechen. Eine Gestaltung der Ausleageordnung und Schwerpunkte ist für den Gemeinderat nicht möglich. Wir fordern Innovation, Flexibilität und Bewegung in Kunst und Kultur.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Das Grundanliegen einer flexibleren Handhabung in der Gestaltung der Kulturpolitik kann der Stadtrat nachvollziehen. Die Kürze der Antwort hat mit der Effizienz und dem Inhalt zu tun. Wir finden diesen Ansatz derzeit falsch. Die Motion ist nicht mit einem Auftrag zu vereinbaren, der dem Stadtrat bereits überwiesen wurde. Das Parlament hat uns beauftragt, unbefristete Subventionsverträge in der Kulturförderung und die jährlichen Subventionsleistungen anzupassen, sofern ein Bilanzfehlbetrag vorliegt. Wir haben mit den betroffenen Kulturinstitutionen das Gespräch gesucht, wir sind in Ver-*

handlungen getreten. Der Prozess wurde bereits eingeleitet. Wir finden es nicht zielführend, diesen Auftrag mit einem weiteren, anderslautenden Auftrag zu verwässern. Es handelt sich um grosse Institutionen, die ihre Programme über Jahre vorausplanen. Diese sind auf eine verlässliche Politik angewiesen. Der Zeitpunkt ist falsch gewählt. Es gibt Institutionen mit unbefristeten Beiträgen, die von der ersten Motion, nicht jedoch von der zweiten erfasst sind. Dadurch wird eine Ungleichheit geschaffen. Es ist nicht einzusehen, warum die Tonhalle, die Züricher Kunstgesellschaft und das Schauspielhaus anders behandelt werden sollten. Wir sind nicht der Ansicht, dass mangelnde Vielfalt ein Problem des Zürcher Kulturangebots ist. Wir haben ein sehr breites, vielfältiges Angebot. Es braucht auch grosse Kulturinstitutionen. In der letzten Leitbildperiode haben wir einen Schwerpunkt bei den kleinen Institutionen und der freien Szene gelegt.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Spannend ist, dass die Begründung in der Motion von der Begründung im Votum in wesentlichen Punkten abweicht. In der Motion geht es um die finanzpolitische Lage der Stadt. Diese Motion wurde bereits überwiesen. Die damalige Motion wurde von der GLP nicht mitgetragen. In der hiesigen Begründung wird mit der Kulturpolitik der GLP argumentiert. Wesentlich ist, dass die drei grossen Häuser die kulturelle Grundversorgung in der Stadt leisten. Die klassischen Künste werden auf hohem Niveau repräsentiert. Sie machen lediglich zwei Drittel des Budgets aus, obwohl sie eine so grosse Breite ausmachen und die Grundversorgung sicherstellen. Wir wollen Kultur, die sich entwickelt. Kunst braucht auch ein Publikum.

Rosa Maino (AL): Die AL-Fraktion nimmt diese Vorstösse positiv zur Kenntnis. Die städtische Kulturpolitik stösst auch bei uns zunehmend auf Vorbehalte. Durch die Kulturpolitik wird impliziert, dass Kultur eine kompetitive Hochleistung ist. Ein wachsendes Unbehagen verursacht die Kulturpolitik auch, weil sie von immer mehr Grossanlässen markiert wird. Man hantiert immer häufiger mit Begriffen aus der Wirtschaft und man untersucht die Aktivitäten im Hinblick auf ihren jeweiligen Wertschöpfungskoeffizienten. Diese Tendenz ist gefährlich. Die vorliegende Motion eignet sich als Diskussionsanlass. Nichtsdestotrotz lehnen wir sie ab. Wir sind gegen die Kündigung oder Veränderung von Verträgen auf Vorrat. Wir lehnen die Motion ab, weil sie keinen konstruktiven Auftrag an die Stadtverwaltung beinhaltet. Vor der Kündigung der Verträge müsste klar sein, in welche Richtung eine Entwicklung stattfinden soll. Unbefristete Subventionsanträge können legitim sein. Die Institutionen müssen planen können.

Christina Hug (Grüne): Wir lehnen die Motion ab. Wir schätzen das breite und vielfältige Kulturangebot in der Stadt. Wir bekennen uns zu einer Politik, welche die kulturelle Vielfalt in ihrer ganzen Breite wertschätzt und fördert. Es ist falsch, die grossen Kulturhäuser gegen die kleinen Institutionen auszuspielen. Es braucht beides. Die Heterogenität des Angebots spiegelt die Heterogenität des Publikums wieder. Es braucht beides, weil die Grossen und Kleinen und Freien voneinander profitieren und sich gegenseitig bereichern. Im neuen Kulturleitbild wurden die Mittel für die Kleinen und Freien erhöht. Meine Erfahrung ist, dass die GLP Kulturausgaben skeptisch gegenübersteht. Ich befürchte, diese Motion zielt letztlich auf eine substanzielle Kürzung der Kulturausgaben. Wir finden eine Kürzung der Kulturausgaben nicht notwendig.

Heidi Egger (SP): Auch wir lehnen die Motion ab. Wir finden es falsch, dass bei drei herausgepickten Kulturinstitutionen gespart werden soll.

Karin Weyermann (CVP): Eine Gesamtschau der Kultursubventionen begrüssen wir. Wir sind jederzeit bereit, mit der GLP zusammensitzend und die gesamten Kultursubventionen überprüfen. Mit dieser Motion erfolgt keine Gesamtschau.

Urs Fehr (SVP): *Dieser Vorstoss stösst bei uns auf sehr grosse Sympathien. Die Kulturinstitutionen bekommen zu viel Geld. Wenn Kosten und Aufgaben nicht mehr hinterfragt werden dürfen, frage ich mich, was zielführend sein soll. In dieser Motion ist nicht von einer Kürzung die Rede. Es geht nur um Verhandlungen. Ich glaube nicht, dass die Wähler der AL diese drei Kulturinstitute in diesem Umfang mittragen.*

Stefan Urech (SVP): *Ich möchte daran erinnern, dass im Vorfeld zur Abstimmung der Durchsetzungsinitiative das Schauspielhaus Abstimmungskampf machte. Heute werden vor jeder Vorstellung Zuschauer gezwungen, sich eine Flüchtlingsgeschichte anzuhören. Auf eine Anfrage hin wurde uns mitgeteilt, die Institution sei in dieser Angelegenheit wie ein privates Unternehmen zu betrachten. Dies ist mit unbefristeten Subventionen aus unserer Sicht nicht vereinbar.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Ich finde, dass die beiden letzten Voten das Problem aufzeigen. Wir haben bereits Instrumente, um die Subventionen zu überprüfen. Dieser Vorstoss ist nur sinnvoll, wenn eine Kürzung der Ausgaben oder eine Bestrafung von Kulturinstitutionen angestrebt wird.*

Matthias Wiesmann (GLP): *Diese Motion war eine Einladung an den Stadtrat, eine Neubeurteilung vorzunehmen. Die drei Institutionen sind die Monolithen, die als erste betrachtet werden könnten. Es geht nicht um eine Bestrafungsaktion oder um die Kürzung des Kulturbudgets. Wir müssen überprüfen, ob diese drei Kulturinstitutionen so viel Geld benötigen. Verhandlungen sind schwierig. Es müssten alle unbefristeten Institutionen betrachtet werden, jedoch haben die anderen ein relativ kleines Budget. Es geht um eine Gesamtbetrachtung.*

Die Motion wird mit 33 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1933. 2015/378

Interpellation von Markus Merki (GLP) und Markus Baumann (GLP) vom 25.11.2015:

Städtische Kulturförderbeiträge, Möglichkeiten zur strategischen Einflussnahme des Gemeinderats

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 362 vom 11. Mai 2016).

Markus Merki (GLP) nimmt Stellung: *Die Antworten des Stadtrats waren teilweise detailliert, oft jedoch waren sie zu kurz und zu wenig ausführlich. Die zentrale Frage unserer Interpellation betrifft die Einflussmöglichkeiten auf die Kulturförderung auf Gemeinde-ratsebene. Dazu verweist der Stadtrat auf das Kulturleitbild. Nebst dem Schwerpunkt-thema werden mehr oder weniger alle Subventionsempfänger detailliert aufgelistet. Wir sind der Ansicht, dass die bisherigen Kulturleitbilder durchaus eine sinnvolle Übersicht bieten, aber dem Gemeinderat keine strategische Einflussnahme ermöglichen. Auf die Frage, wie der Stadtrat die Möglichkeiten zur strategischen Beeinflussung einschätzt, wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat und die Spezialkommission das Kulturleitbild beraten können. Eine inhaltliche Diskussion kann zwar stattfinden, hat jedoch keine Auswirkung auf die kulturpolitische Ausrichtung. Die strategische Einwirkung auf das Leitbild und die geförderten Institutionen ist auf Einzelweisungen beschränkt. Dem Gemeinderat sollte die Möglichkeit geboten werden, dass nicht finanzielle Kriterien im Vordergrund stehen und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Leitbild stattfinden kann. Exemplarisch ist die Besitzstandswahrung der drei grossen Kulturinstitutionen.*

Grosse Institutionen geniessen ein Ewigkeitsstandrecht. Positiv stimmt uns die Beantwortung auf die Frage 5. Es werden Anstrengungen unternommen, um Nutzen und Angebot des Kulturangebots zu quantifizieren. Es muss nicht jede Kulturinitiative durch die öffentliche Hand finanziert werden. Die Kulturförderung wird in anderen Kommunen ähnlich wie in Zürich gehandhabt. Wir sollten über andere Modelle nachdenken. Wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sollten eine inhaltliche Debatte führen können.

Weitere Wortmeldungen:

Pascal Lamprecht (SP): *Es geht darum, wie das Parlament strategisch und operativ bei der Mittelvergabe Einfluss nehmen kann. Es wurde ein gesunder Mittelweg gefunden. Wir debattieren über das Kulturleitbild. Die grösseren Beitragsgesuche kommen vor den Gemeinderat. Ich finde es wichtig, dass das Kulturleitbild vorzeitig diskutiert wird. Mittel dafür sind auch das Globalbudget und der Kreditrahmen. Es ist schwierig, geeignete Steuergrössen beim Globalbudget zu finden, es besteht die Gefahr, dass wir uns verrennen. Beim Kreditrahmen glaube ich nicht, dass er strategisch geeigneter ist für das Parlament. Die gesamte Kulturförderung würde durch ein abstimmungsnahes Einzereignis massiv beeinflusst. Gerade im Hinblick auf die vierte Frage, scheint mir die aktuelle Methode der Vergabe sehr pragmatisch. Ich habe mir die Mühe gemacht, die Website anzuschauen. Für den durchschnittlichen Künstler ist sie bedürfnisgerecht. Die Vielfalt und die Leistungen der Kultur müssen von den Konsumenten wahrgenommen werden. Es könnten Kulturgutscheine abgegeben werden. Auch dies wäre Kulturförderung. Über die Finanzierung müssten wir verhandeln. Ich vermisse eine App, die einen gesamthafte Überblick über das Kulturschaffen bietet. Über Feinjustierungen kann man jederzeit diskutieren.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Das Kulturleitbild kann auch ablehnend zur Kenntnis genommen werden. Ich frage mich, was der Fokus der Interpellation ist. Es wird strategische Steuerung angestrebt. Die GLP fordert Planungssicherheit und künstlerische Freiheit für die Antragsstellenden. Drittens soll der Nutzen der Kultur besser kommuniziert werden. Erstens existieren diese Instrumente bereits. Wir haben versucht, beim Fabrikjazz 300 000 Franken einzusparen. Ich verstehe nicht, warum wir hier nicht unterstützt wurden. Solange die harten Fakten keine Mehrheiten finden, kann man nichts machen. Die elektronischen Tools sind für die Antragsstellenden ausreichend. Wir fühlen uns bei der Beurteilung der Antragstellenden nicht gleichwertig behandelt, weil in der Jury nur linke Gutachter sitzen. Drittens ginge es nicht nur um die Mitteilung des Angebots der Kultur. Stellen Sie sich vor, wir müssten den Nutzen kommunizieren. Der Nutzen ist nicht eindeutig. Ich weiss nicht, wem die Deutungshoheit zum Nutzen übertragen wurde.*

Rosa Maino (AL): *Die AL hat in ihrer Fraktionserklärung zum Kulturleitbild moniert, dass es sich eigentlich um einen Geschäftsbericht handelt, der nicht dafür geeignet ist, um auf die Kulturpolitik Einfluss zu nehmen. Die Kenntnisnahme ist kein ernstzunehmendes Mittel für eine strategische Einflussnahme. Wir denken, dass der Entstehungsprozess des Kulturleitbilds Optimierungspotential besitzt. Wir hätten uns diesbezüglich mehr Offenheit gewünscht.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Stellen Sie sich vor, eine Mehrheit würde das Kulturleitbild ablehnend zur Kenntnis nehmen. Dies hätte eine harte Diskussion zur Folge.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Es besteht ein Unbehagen, dass der Gemeinderat die Kulturpolitik zu wenig steuern könne. 2003 haben die SP, CVP und FDP gemeinsam eine Motion eingereicht, die eine bessere strategische Steuerung durch den Gemeinderat forderte.*

Es wurde die Erstellung eines Kulturleitbilds gefordert. Es soll dem Gemeinderat in regelmässigen Abständen unterbreitet werden. Der Gemeinderat war unzufrieden, weil Weisungen unkontrolliert vorgelegt wurden. Es fehlte der Blick auf das Ganze. Erst durch den Blick auf das Ganze kann eine strategische Steuerung erfolgen. Die Ausführungen von Markus Merki (GLP) erstaunen mich. Ich habe mich gefragt, ob das Kulturleitbild gelesen wurde. Das neuste Kulturleitbild kann nicht gemeint sein. Der Stadtrat legt das Leitbild alle vier Jahre vor. Die Leitbilder wurden immer transparenter und umfassender. Das letzte Kulturleitbild schafft maximale Transparenz. Die kulturpolitischen Massnahmen werden in ein Gesamtbild eingebettet. Der kleinste Teil des Kulturleitbilds besteht aus Statistiken und Zahlen. Es sind grundsätzliche Analysen zum Wesen der Kulturpolitik enthalten. In einem zweiten Teil werden die konkreten Massnahmen ausgeführt. Natürlich kann man immer besser werden. Die Leitbilder wurden immer transparenter. Wir sind offen für weitere Anregungen. Eine Veränderung, wie sie hier gefordert wird, ist aus Sicht des Stadtrats nicht angezeigt. Wir bewegen uns im Rahmen von rechtlichen Vorgaben. Dies prägt Vieles. Änderungen hätten grosse Auswirkungen. Das Globalbudget für die Kulturabteilung wurde mittlerweile wieder abgeschafft, weil es sehr schwierig war, sinnvolle Steuerungsgrössen festzulegen. Das Kulturleitbild bietet einen umfassenden Gesamtüberblick. Die Stadt wird um das Kulturleitbild beneidet.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

1934. 2016/61

Postulat von Rebekka Wyler (SP), Ezgi Akyol (AL) und 2 Mitunterzeichnenden vom 02.03.2016:

Aufbau einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Diyarbakir in der Südosttürkei

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Ezgi Akyol (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1716/2016): Städtepartnerschaften stehen im Namen der Solidarität. Wir schlagen eine Partnerschaft zwischen Zürich und Diyarbakir vor. Durch die Partnerschaft soll die internationale Kooperation zwischen den beiden Städten auf zivilgesellschaftlicher Ebene gefördert werden. Eine zentrale Rolle sollen die Zürcher Gemeinderätinnen spielen. Es handelt sich um eine kurdische Stadt im Südosten der Türkei. Es gibt dort acht Kirchen. Vor einem Monat wurden alle Kirchen in der historischen Altstadt verstaatlicht. Die Befestigungsanlagen und Gärten wurden von der UNESCO in die Liste des Kulturwelterbes aufgenommen. Seit Monaten herrschen in den kurdischen Gebieten bürgerkriegsähnliche Zustände. Die kollektive Bestrafung der Bevölkerung wird mit dem Vorwand der Terrorbekämpfung legitimiert. Die Altstadt wurde mit einer Ausgangssperre belegt, es wurden zahlreiche Grundstücke enteignet. Die historische Stadt soll zu einer modernen Touristenstadt umgebaut werden. Die Gesellschaft wird allmählich gespalten. Die Städtepartnerschaft könnte eine Plattform bieten, um der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Der Bürgermeister würde eine Zusammenarbeit mit dem Zürcher Heimatschutz im Hinblick auf die Altstadt begrüssen. Die VBZ könnte Unterstützung bei einem Tramprojekt bieten. Die Stadtregierung könnte einige Projekte im Bereich der Abfalltrennung und Wasserversorgung starten. Vor allem möchte ich ein Flüchtlingscamp für geflüchtete Jesidinnen erwähnen. Die kurdische Stadtverwaltung finanziert mit eigenen Mitteln ein Camp für etwa 1500 Jesidinnen, die 2014 aus dem Nordirak geflüchtet sind. Ich glaube, auch Zürich könnte von einer Partnerschaft profitieren. Die kurdische Bewegung definiert ein neues Gesellschaftsmodell. Ziel ist ein freies, demokratisches, ökologisches und geschlechtergerechtes Leben. In der Basisdemokratie sollen Dorf- und Stadtversammlungen über ihre Angelegenheiten entscheiden. Jede Führungsposition muss gleichzeitig*

von einem Mann und einer Frau besetzt sein. Ein Austausch zu den Themen Föderalismus, Basisdemokratie und Geschlechtergerechtigkeit kann für alle zielführend sein.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Wir teilen die Ansicht der Postulantinnen und Postulanten, dass es in Krisenzeiten Pflicht und Notwendigkeit ist, Menschen, die sich auf der Flucht befinden, zu unterstützen. Wir haben deshalb beschlossen, ein Gemeinwesen im Libanon in einer Erstfluchtstadt zu unterstützen. Im Libanon gibt es etwa 4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und etwa 1 Million Flüchtlinge. Wir lehnen das Postulat aus zwei Gründen ab. Die politische Situation in Diyarbakir ist so, dass dort kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden. Es gibt regelmässig Tote und Verletzte. In einem kriegerischen Umfeld sind die Voraussetzungen für eine Städtepartnerschaft nicht gegeben. Es braucht verlässliche Partnerinnen und Partner, eine verlässliche Verwaltung und nicht zuletzt die Akzeptanz der Partnerschaft durch die staatliche Verwaltung. Dies ist momentan nicht gegeben. Zweitens haben wir genau zwei Städtepartnerschaften. Wir wollen Städtepartnerschaften Inhalt und Substanz geben. Dies ist mit erheblichem Aufwand verbunden. Man benötigt eine regelmässige Kontaktpflege. Es braucht Fachleute auf beiden Seiten, die bereit sind, sich zu engagieren. Städtepartnerschaften haben langfristigen Charakter und sie sind mit langfristigem Ressourceneinsatz verbunden. Wir bevorzugen einen Projektfokus, der mit Aufwand verbunden ist. Der zivilgesellschaftliche Austausch ist begrüssenswert. Ich habe gehört, dass es einen Textänderungsantrag gibt. Die Hauptänderung betrifft, dass neu von einem Brückenschlag die Rede ist. Das Engagement könnte aus dem Gemeinderat herausgetragen werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Ich möchte die Leiden in Diyarbakir nicht kleinreden. Es wird zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und Förderung der Demokratie unter dem Zeichen politischer Neutralität gefordert. Dies ist im politischen Klima in der Türkei nicht möglich. Es braucht eine nationale Brücke. Diese Forderung ist nicht neutral. Was soll diese Städtepartnerschaft bringen? Über die Leiden der chinesischen Bevölkerung wird auch nicht gesprochen im Rahmen einer Städtepartnerschaft. Eine Städtepartnerschaft lindert kein Leiden.*

Rebekka Wyler (SP): *Städtepartnerschaften waren in der Nachkriegszeit sehr populär. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gab es eine zweite Blüte dieses Instruments. Zürich kennt keine klassische Städtepartnerschaft. Es ist schade, dass in Zürich die Idee der Städtepartnerschaften nie Fuss gefasst hat. In einer Welt, die von Globalisierung geprägt ist, ist dieser Austausch wichtig. Solche Projekte internationaler Zusammenarbeit und Solidarität sind ein wichtiges Instrument in Krisenzeiten. Uns geht es nicht um eine Städtepartnerschaft im traditionellen Sinn. Uns geht um den Austausch mit der Zivilgesellschaft. In Deutschland gibt es den Begriff der Städtefreundschaft. Dieser gefällt mir auch gut. Der Austausch soll von der Bevölkerung mitgetragen werden. Diyarbakir benötigt die Unterstützung. Viele Menschen sammeln Geld, Spielzeug, Kleider und Wolldecken für Flüchtlinge. Die Zusammenarbeit mit einer bestimmten Stadt kann dieser Hilfe ein Gesicht geben. Uns geht es nicht nur um materielle Hilfe. Die Schweiz ist stolz auf ihre demokratischen Errungenschaften. Dies kostet nicht viel Geld. Es benötigt aber Zeit und Engagement. Die Reaktionen haben gezeigt, dass sich viele Leute gerne bei einem solchen Projekt einbringen würden. Zürich hätte mit einer Städtefreundschaft ein Gegenüber in einem anderen Teil der Welt.*

Karin Rykart Sutter (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: Eine Städtepartnerschaft ist mit zahlreichen Aktivitäten und gemeinsamen Projekten verbunden. Eine andere Form der Partnerschaft ist der Brückenschlag. Der Gemeinderat hat eine solche Partnerschaft mit dem Landrat von Uri. Dieser Austausch wird von beiden Seiten geschätzt und das gegenseitige Verständnis wird geschätzt. Die Stadt möchte sich als weltoffene Stadt präsentieren, deshalb ist eine solche Partnerschaft mit Diyarbakir sinnvoll. Aus diesem Grund beantragen wir, dass der Begriff der Städtepartnerschaft durch Brückenschlag ersetzt wird.

Muammer Kurtulmus (Grüne): Das Postulat finden wir sinnvoll. Deshalb werden wir den Vorstoss mit diesem Änderungsvorschlag unterstützen. Es gibt viele Gründe für diesen Brückenschlag. Ein wichtiger Grund ist der Umstand, dass in Zürich mehrere tausend Menschen mit kurdischen Wurzeln leben. Diese Zürcherinnen und Zürcher sind sehr besorgt. Es herrscht eine Art Krieg. Sie möchten, dass dieser Krieg möglichst schnell zu Ende geht. Diese Menschen hören täglich in den Nachrichten, wie viele Tote es gab. Sie möchten wissen, was mit ihren Verwandten geschieht. Inwiefern kann diese städtische Freundschaft zu diesem Wunsch nach Frieden beitragen? Auch Türken wie ich möchten Frieden. Dieser Krieg führt in eine Sackgasse. Kann eine Städtefreundschaft für den Frieden etwas beitragen? Ich bejahe die Frage mit Überzeugung. Die Kurdenfrage in der Türkei ist älter als die Türkische Republik. Vor zwei oder drei Jahren versprach Erdogan, dass das Problem nicht mehr mit militärischen Mitteln bekämpft werden soll. Es wurden Verhandlungen mit der Regierung geführt. Diese Zeiten sind vorbei. Die Türkei kämpft wieder mit repressiven Mitteln gegen die Kurden. Die Kurden fordern Selbstbestimmung auf lokaler Ebene. Über diesen Aspekt können wir reden. Wir müssen Diyarbakir nichts Materielles geben. Es reicht, wenn sie sehen, wie Zürich funktioniert. Ich hoffe, dass die Regierung merkt, dass Selbstbestimmung nichts Schlechtes ist.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Dieses Postulat ist schwierig. Ich verstehe es als Zeichen der Solidarität. Wenn die Stadtpräsidentin dies ablehnt, weil der Segen des Nationalstaats fehlt, dann wird dieser Segen nie kommen. Wir haben erlebt, was in der Türkei passiert. Es erfolgt eine Einmischung in die Pressefreiheit in Europa. Die einzigen, die wirksam gegen den IS vorgehen, sind Kurden. Der IS wird von der Türkei gestärkt. Die Wirkung des Postulats wird verpuffen. Es müssten verschiedene Städte in der Schweiz Partnerschaften in der Türkei eingehen. Eine breite Basis könnte eine Wirkung erzielen.

Isabel Garcia (GLP): Auch die GLP anerkennt die gute Idee hinter dem Postulat. Allerdings sehen wir zwei Probleme. Erstens sind wir bei Städtepartnerschaften und ähnlichen Instrumenten der Ansicht, dass sie nicht zeitgemäss sind. Wir haben deshalb heute ein Postulat eingereicht, das das Prinzip der Städtepartnerschaften einer Analyse unterziehen möchte. Im Postulat ist vor allem die Zivilgesellschaft angesprochen. Uns ist nicht klar, warum die parlamentarische Struktur einbezogen werden soll. Der Austausch sollte zivilgesellschaftlich erfolgen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir das Postulat ab.

Karin Weyermann (CVP): Es wurden bereits viele Argumente genannt. Es ist ein Zeichen der Solidarität in Krisenzeiten. Es soll gemäss Text eine Städtepartnerschaft sein, gemäss Textänderung ein Brückenschlag. Wir verstehen nicht, warum die Partnerschaft auf städtischer und nicht auf zivilgesellschaftlicher Ebene erfolgen soll. Wir befürworten den Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Wir verstehen nicht, warum Beamte oder der Gemeinderat dorthin reisen sollte. Wir werden uns enthalten.

Stefan Urech (SVP): Wir sind die letzte Partei, die ihre Aufgabe richtig versteht. Wir wollen uns um das Defizit, um die aufgeblähte Verwaltung und das Verkehrschaos in

dieser Stadt kümmern. Wir wollen uns nicht um die ganze Welt kümmern. Es geht nicht darum, internationale Politik zu betreiben. Wir sind ein lokales Parlament. Wir müssen nicht in der Türkei Demokratie verbreiten.

Dr. Mario Babini (parteilos): *Ich habe versucht, sämtliche Aussagen zu aggregieren. Ich erkenne zwei Schwerpunkte. Grundsätzlich ist man dem Ansinnen wohlgesinnt, man hat Sympathien mit den Menschen. Es gibt jedoch auch gut begründete Bedenken. Trotzdem bin ich der Ansicht, dass mit diesem Postulat ein schwaches Zeichen gesetzt werden kann. Wir stehen für den Aufbau demokratischer Strukturen und sind bereit, demokratische Strukturen zu unterstützen.*

Michael Schmid (FDP): *Wir lehnen das Postulat ab. Wir lehnen es ab, weil Aussenpolitik eine Angelegenheit des Bundes ist. Die Verfassung legt die Spielregeln klar fest. Weder der Stadt- noch der Gemeinderat dürfen Aussenpolitik machen. Es ist beeindruckend, was die Zivilgesellschaft leisten kann. Persönlich können Menschen sehr viel erreichen. Dies ist nicht Aufgabe des Stadt- oder Gemeinderats.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Das Votum von Muammar Kurtulmus (Grüne) zeigt, dass durch diesen Vorstoss die Neutralität verletzt wird. Die Opfer werden verhöhnt. Dies sieht man an der chinesischen Städtepartnerschaft. Mit politisch kastrierten Strukturen werden die Opfer verhöhnt. Es gibt bessere, mutigere Aktionen, die aufgegleist werden könnten. Staatliche Strukturen und Aktionen sind in diesem Bereich nicht zielführend. Wir brauchen individuellen, selbstlosen Einsatz.*

Rebekka Wyler (SP) *ist mit der Textänderung einverstanden: Erstens zur Aussage, dass wir nur die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vertreten müssten: Die Anzahl Gemeinderatssitze pro Stadtkreis bemisst sich anhand der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner. Dies verpflichtet uns, dass wir alle in dieser Stadt vertreten müssen. Karin Weyermann (CVP) sagte, die Offizialisierung sei nicht wichtig. Für die Zivilgesellschaft vor Ort ist dies jedoch wichtig. Es geht auch um Symbole. Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) beklagte, dass der Vorstoss nicht ernst genommen wurde. Manchmal handelt es sich um einen kleinen Schritt für die Menschheit, aber um einen grossen Schritt für den einzelnen Menschen. Für die Menschen in Diyarbakir ist es wichtig, Austausch und Unterstützung zu haben.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob mit der Stadt Diyarbakir in der Südosttürkei ~~eine Städtepartnerschaft aufgebaut~~ ein «Brückenschlag» unterstützt werden kann. Der Schwerpunkt ~~dieser Städtepartnerschaft~~ dieses «Brückenschlags» soll auf zivilgesellschaftlichem Austausch und Stärkung der demokratischen Strukturen liegen.

Das geänderte Postulat wird mit 62 gegen 49 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1935. 2016/178

Postulat von Marcel Müller (FDP), Marc Schlieper (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 25.05.2016:

Umzonung der Familiengärten als Folge des Baus der Eishockey- und Sportarena, Gewährung der Wahlfreiheit zwischen Gemeinschaftsgarten und eigenem Familiengarten für die jetzigen Familiengartenpächtern

Von Marcel Müller (FDP), Marc Schlieper (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden ist am 25. Mai 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob er bei der Umzonung der Familiengärten infolge des Baus der Eishockey- und Sportarena in Altstetten allen jetzigen Familiengartenpächtern auch am neuen Standort die Wahlfreiheit zwischen Gemeinschaftsgarten und eigenem Familiengarten gewähren kann.

Begründung:

Damit keine unnötige Opposition von Seiten der Familiengartenpächter gegen die Eishockey- und Sportarena entsteht, ist darauf zu achten, dass ihnen der heutige Pachtstand resp. die Wahlfreiheit auch in Zukunft gewährt bleibt.

Antrag auf Behandlung zusammen mit der Weisung 2015/283 Finanzdepartement, Eishockey- und Sportarena, Gewährung eines Baurechts, eines rückzahlungspflichtigen Darlehens von 120 Millionen Franken und eines jährlichen Betriebsbeitrags von 2 Millionen Franken an die ZSC Lions Arena Immobilien AG sowie Objektkredite von 2,8 Millionen Franken für Altlastenbereinigung und von 1,9 Millionen Franken für allfällige Er-schliessungsmassnahmen.

Mitteilung an den Stadtrat

1936. 2016/179

Postulat von Adrian Gautschi (GLP) und Guido Trevisan (GLP) vom 25.05.2016:
Prüfung und allfällige Auflösung der bestehenden Städtepartnerschaften

Von Adrian Gautschi (GLP) und Guido Trevisan (GLP) ist am 25. Mai 2016 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die bestehenden Städtepartnerschaften der Stadt Zürich noch zeitgemäss oder aufzulösen sind.

Begründung:

Die Stadt Zürich hat mit San Francisco und Kunming zwei sogenannte „Partnerstädte“. Wohl machten diese institutionalisierten Partnerschaften in der Vergangenheit Sinn, um – in den Worten der Stadtverwaltung – den kulturellen Austausch zu pflegen sowie andere Gesellschaften und Lebensweisen zur Kenntnis zu nehmen. Mittlerweile scheint dieser Begründungsansatz völlig überholt. Die stark gestiegene Vernetzung und Mobilität der Menschen generell, aber auch das Bestreben nach einem geographisch breiter aufgestellten Wissensaustausch legen es nahe, die Auflösung der Partnerschaften mit San Francisco und Kunming zu überprüfen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1937. 2016/180

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 25.05.2016:

Kundgebung in Oerlikon vom 20. Mai 2016, Einsatzstrategie der Polizei sowie Angaben zu den Teilnehmenden und den entstandenen Schäden

Von Derek Richter (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 25. Mai 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 20. Mai 2016 um ca. 15:20 Uhr fand in Oerlikon unmittelbar vor dem Bahnhof eine Demonstration mit mehreren Dutzend Teilnehmern statt. Diese Kundgebung wurde durch ein landwirtschaftliches Motorfahrzeug mit Anhänger angeführt. Während dieser Kundgebung kam es zu Behinderungen der VBZ.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurde für die oben genannte Demonstration eine Bewilligung erteilt? Wenn nein, mit welcher Strategie wurden die Polizeikräfte informiert und instruiert?
2. Wurden die Identitäten der Organisatoren durch die vor Ort anwesenden Polizeikräfte festgestellt? Wenn nein, wieso nicht?
3. Sind Teilnehmer dieser Kundgebung bereits aktenkundig oder in anderer Form der Polizei bekannt? Wenn ja, um welche Anzahl an Personen handelt es sich?
4. Lag eine Ausnahmegewilligung für das Befahren des mit einem Fahrverbot belegten Abschnittes vor dem Bahnhof Oerlikon vor? Wenn nein, wieso nicht und wurde folglich der fehlbare Fahrzeugführer gebüsst?
5. Wurde von der VBZ Strafanzeige eingereicht? Wurde eine oder mehrere Personen gemäss SVG Art. 38 Abs. 1 gebüsst? Wenn ja, wie viele? Wenn nein, wieso nicht?
6. Kam es im Verlauf dieser Kundgebung zu Sach- und/ oder Personenschäden und gingen in der Folge dessen von Geschädigten Strafanzeigen ein?

Mitteilung an den Stadtrat

1938. 2016/181

Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) vom 25.05.2016:

Städtische Schulraumplanung, Entwicklung der Schülerzahlen bis 2030 und Auswirkungen auf die Planung der Klassengrössen

Von Martin Götzl (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) ist am 25. Mai 2016 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die aktuelle Planung und Realisierung des erforderlichen Schulraumes stellt die Stadt Zürich vor grosse Herausforderungen. Dies insbesondere deshalb, weil prognostiziert und bekannt ist, dass die nächsten Jahre ein weiteres, exorbitantes Wachstum der Bevölkerungszahl eintreffen wird. In kurzen Zeitabständen und zahlreichen Stadtkreisen müssen neue Schulhäuser erstellt werden, die jedoch den Bedarf an Schulraum nicht decken können. Zudem müssen und werden eine grössere Anzahl an provisorischen ZM-Pavillons geplant. Gleichzeitig gibt es Meldungen aus Schulhäusern, deren Fortbestand infolge sinkender Schülerzahlen nicht gewährleistet ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gesamtschülerzahlen werden in den Jahren 2020 - 2030 erwartet? Bitte jedes Jahr detailliert aufgelistet mit einer optimistischen, durchschnittlichen und einer pessimistischen Hochrechnung.
2. Gibt es aktuell Schulhäuser, von denen man mittel- bis kurzfristig infolge sinkender Schülerzahlen davon ausgeht, dass diese ab 2020 nicht mehr als Schulhaus betrieben werden? Wenn ja, um welche Schulhäuser handelt es sich und warum müssen sie allenfalls schliessen?
3. Gemäss kantonalem Volksschulgesetz § 21 ist die Klassengrösse einer Regelklasse auf 25 SchülerInnen begrenzt. Wie wird diese kantonale Vorgabe in der Stadt Zürich umgesetzt. Welches sind die untersten Schwellenwerte?

4. Aufgelistet nach Schulhaus / Schulkreis bitten wir um detaillierte Angabe der Anzahl Klassen, die mit einem Bestand von unter 20 SchülerInnen geführt werden. Ebenfalls bitten wir (von diesen Schulhäusern) um Bekanntgabe der Anzahl SchülerInnen pro Klassenstufe/Klasse/Sonderpädagogik.
5. In welchen Fällen können die Bestände unterbesetzter Klassen mit SchülerInnen aus angrenzenden Schulkreisen ergänzt werden?
6. Welche Auswirkungen auf die Klassengrösse hat das Pilotprojekt «Tagesschule 2025»? Werden für die Klassengrössen dieselben Richtwerte der Schülerzahlen verwendet?
7. Welche Werte bzgl. Klassengrösse gelten für Klassen, die in ZM-Pavillons unterrichtet werden?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

- 1939. 2016/57**
Schriftliche Anfrage von Marc Schlieper (FDP), Marcel Müller (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 10.02.2016:
Landwirtschaftliche Betriebe der Stadt, mögliche Strategien für eine Verbesserung der Produktivität und für eine effizientere Bewirtschaftung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 394 vom 18. Mai 2016).

- 1940. 2016/85**
Schriftliche Anfrage von Stefan Urech (SVP) und Katharina Widmer (SVP) vom 16.03.2016:
Hintergründe für die Absenz des Stadtrats an der Eröffnungsfeier des FIFA-Museums

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 361 vom 11. Mai 2016).

Nächste Sitzung: 1. Juni 2016, 17 Uhr.